

2292/J XXI.GP
Eingelangt am: 04-04-2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport
betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform

Eines der großen Vorhaben dieser Bundesregierung ist die Umsetzung einer Verwaltungsreform (sowie parallel dazu eine grundlegende Reform des Bundesstaates). Im Zusammenhang mit dieser Verwaltungsreform sind verschiedenste Maßnahmen geplant bzw. bereits in Durchführung. Eine dieser Maßnahmen ist eine umfassende Planstelleneinsparung im öffentlichen Dienst, die bereits im Jahr 2000 begonnen wurde und in den nächsten Jahren weitergeführt werden soll.

Weiters wurde vor wenigen Tagen von der sog. Aufgabenreformkommission ein Endbericht vorgelegt, in dem etliche Maßnahmen zur Reduktion von Aufgaben des Staates bzw. auch zum Abbau von Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung vorgeschlagen werden.
In diesem Zusammenhang stellen sich diverse Fragen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

I. Planstelleneinsparungen:

1. Im Rahmen der Beratungen des Budgets 2002 im Parlament wurde behauptet, dass im Jahr 2000 bereits 3.860 Planstellen im öffentlichen Dienst eingespart worden seien.
 - a. Stimmt diese Zahl?
Wenn nein: Wie hoch ist die Zahl der im Jahr 2000 eingesparten Planstellen?
 - b. Fanden diese Einsparungen nur im Bund oder auch in den Ländern statt?
Bitte geben Sie die genauen Zahlen für Bund und die einzelnen Länder an.
 - c. Bitte schildern Sie, wie es zu diesen Einsparungen kam, also zB. wieviele Planstellen jeweils durch konkrete Ausgliederungen eingespart wurden, wieviele durch Nicht - Nachbesetzung von Abgängen, etc.

- d. Wieviele Männer und wieviele Frauen waren von diesen Einsparungen betroffen?
 Bitte schlüsseln Sie die Geschlechterquoten auch für die jeweilige Art der Planposteneinsparung auf.
2. Weiters wurde im Rahmen der Beratungen des Budgets 2002 festgestellt, dass eine gesamte Planpostenreduktion von 11.000 Stellen sowie von weiteren 4.000 Stellen durch Ausgliederungen angestrebt werde.
- a. Bezieht sich diese Zahl nur auf den Bund oder auf Bund und Länder?
 - b. In welchem zeitlichen Rahmen werden diese Einsparung angestrebt?
 - c. Wie sollen diese Einsparungen jeweils erzielt werden (Nichtnachbesetzung von Abgängen, befristete Aufnahmen, etc.)?
 - d. Bitte geben Sie schätzungsweise an, wieviele Männer und wieviele Frauen von diesen Einsparungen betroffen sein werden.

II. Aufgabenreformkommission:

3. a. Wer traf die Auswahl bezüglich der Mitglieder der Aufgabenreformkommission?
 b. Welche Kriterien waren für die Aufnahme in die Kommission relevant?
 c. Wie hoch war der Frauenanteil in der Aufgabenreformkommission?
 d. Gab es eine Entschädigung für die Mitglieder der Aufgabenreformkommission?
 Wenn ja: in welcher Höhe?
4. Die Aufgabenreformkommission verweist in ihrem Bericht auf die sog. „gestufte Verantwortung“ des Staates, wonach es Angelegenheiten gibt, in denen dem Staat nur „Regulierungsverantwortung“ zukommt, d.h. wo nur staatliche Regelungen notwendig sind, weiters gibt es Aufgaben mit „Gewährleistungsverantwortung“, wo der Staat über die Regulierung hinaus die ordnungsgemäße Wahrnehmung dieser Aufgaben gewährleisten muss sowie drittens Angelegenheiten, in denen den Staat „Leistungsverantwortung“ trifft, wo also die staatliche Leistungserbringung erforderlich ist.
 - a. Welche Angelegenheiten sehen Sie als solche, bei denen eine Regulierungsverantwortung des Staates im oben genannten Sinne besteht? Bitte legen Sie die in Ihrer Meinung nach wichtigsten Verwaltungsbereiche dieser Kategorie dar. Welche politischen Maßnahmen halten Sie im Laufe dieser Legislaturperiode für notwendig, um dieser Verantwortung von staatlicher Seite nachzukommen?
 - b. Welche Angelegenheiten sehen Sie als solche, bei denen eine Gewährleistungsverantwortung des Staates im oben genannten Sinne besteht? Bitte legen Sie die in Ihrer Meinung nach wichtigsten Verwaltungsbereiche dieser Kategorie dar. Welche politischen Maßnahmen halten Sie im Laufe dieser Legislaturperiode für notwendig, um dieser Verantwortung von staatlicher Seite nachzukommen?
 - c. Welche Angelegenheiten sehen Sie als solche, bei denen eine Leistungsverantwortung des Staates im oben genannten Sinne besteht? Bitte legen Sie die in Ihrer Meinung nach wichtigsten Verwaltungsbereiche dieser Kategorie dar. Welche politischen Maßnahmen halten Sie im Laufe dieser Legislaturperiode für notwendig, um dieser Verantwortung von staatlicher Seite nachzukommen?
5. Die Aufgabenreformkommission hat in ihrem Endbericht 60 konkrete Empfehlungen zur Aufgabenreform im Sinne eines Rückzugs des Staates aus der Verwaltung sowie einer Abschaffung von Doppelgleisigkeiten unterbreitet.

Nehmen Sie bitte zu diesen Empfehlungen im Einzelnen Stellung und legen Sie dar, ob und wenn ja, in welcher Form Sie diese für umsetzungswürdig halten. Begründen Sie bitte auch jeweils Ihre Haltung.

6. Haben Sie vor, auch andere als die von der Kommission exemplarisch herausgegriffenen 9 Themenbereiche in der gleichen Art und Weise auf eine Reduktion staatlicher Aufgaben untersuchen zu lassen?
Wenn ja: Welche Themen, von wem und in welchem Zeitrahmen?
7. Obwohl die Aufgabenreformkommission an sich nicht zum Thema Bundesstaatsreform gearbeitet hat, gibt sie hierzu trotzdem eine grundsätzliche Empfehlung ab, nämlich insbesondere jene, „im Rahmen einer beschleunigt in Angriff zu nehmenden Verfassungsreform zu einer weitgehenden Konzentration der Gesetzgebungsbefugnisse auf der Bundesebene und zu einer weitgehenden Konzentration der Verwaltungszuständigkeiten auf der Landesebene überzugehen“ (Seite 19 des Berichtes). Inwieweit teilen Sie diese Ansicht der Kommission und welche Schritte wird die Regierung hier in näherer Zukunft setzen, um dies umzusetzen?
8. Eine weitere Empfehlung der Kommission zur ist jene der Abschaffung administrativer Instanzenzüge und - nach der Entscheidung einer erstinstanzlichen Verwaltungsbehörde - direkt einer gerichtlichen Überprüfung dieser Entscheidung, wobei dieses Gericht reformatorisch entscheiden soll. Begründet wird dies damit, dass eine gerichtliche Überprüfungsmöglichkeit von Verwaltungsentscheidungen aufgrund der EMRK sowieso geboten ist und es daher eine Verschwendug von Ressourcen ist, wenn mehrere Verwaltungsbehörden ein und dasselbe entscheiden, ohne dem gerichtlichen Rechtsschutz zu genügen.
Inwieweit teilen Sie diese Ansicht der Kommission und welche Schritte wird die Regierung hier in näherer Zukunft setzen, um dies umzusetzen?
9. Die Kommission gibt drei unterschiedliche Gesichtspunkte einer Verwaltungsreform an, die jeweils für einen Teil der Kommission zentral waren: 1. Umfassende Konsolidierung, 2. Abbau von Hemmnissen für private Initiativen, 3 „So wenig Staat wie möglich, so viel Staat wie nötig“ - Übertragung von staatlichen Aufgaben auf Private nur unter Wahrung der öffentlichen Zwecke und mit einer Rückholmöglichkeit, also ohne auf die Übertragung folgenden Know - How - Verlust staatlicherseits.
 - a. Welcher der genannten Gesichtspunkte ist für Sie der zentralste bzw. bitte reihen Sie die Gesichtspunkte nach der Priorität, die Sie ihnen zuordnen.
 - b. Welche Priorität werden diese Gesichtspunkte bei der Umsetzung der Verwaltungsreform haben?
10. Die derzeitige Bundesregierung hat sich dem Prinzip des Gendermainstreaming verpflichtet.
 - a. In welcher Weise wurde bei der Tätigkeit der Aufgabenreformkommission Gendermainstreaming durchgeführt?
 - b. Werden bei der Verwaltungsreform vor einer etwaigen Umsetzung geschlechtsspezifische Auswirkungen potenzieller Maßnahmen untersucht werden (Gendermainstreaming)?

- c. Haben Mitarbeiterinnen Ihres Ressorts, wie dies von Minister Haupt in einer Anfragebeantwortung angekündigt wurde, Schulungen in Sachen Gendermainstreaming erhalten?
Wenn ja: Wieviele MitarbeiterInnen Ihres Ressorts haben eine solche Schulung gemacht? Ein wie hoher Prozentsatz der MitarbeiterInnen Ihres Ressorts ist dies?
Wenn nein: Weshalb nicht? Sind solche Schulungen vorgesehen? Wann sollen diese stattfinden?

III. Finanzausgleichs - Begleitkommission

11. a. Seit wann existiert die Finanzausgleichs - Begleitkommission?
b. Wer sind die Mitglieder der Finanzausgleichs - Begleitkommission und wer entschied über diese Zusammensetzung?
c. Wie lautet die Aufgabenstellung der Finanzausgleichs - Begleitkommission?
d. Bis wann sollen Ergebnisse dieser Kommission vorliegen?